

ITA

BÜLTEN BULLETIN

**INFO-TÜRK AJANSI
AGENCE INFO-TÜRK
INFO-TÜRK AGENTUR
INFO-TÜRK AGENCY**

MONATLICHES INFORMATIONSBLATT
Verleger: COODIFF - Square Ch.
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel
Tel: 0032 - 2-230 34 72 Belgien

Nachdruck von Artikeln unter
Quellenangabe INFO-TÜRK erlaubt

4.Jg. - Oktober 1980
Deutsche Ausgabe Nr. 24
Preis: DM 1,50
Jahresabonnement: DM 15,00



DIE FASCHISTISCHE DIKTATUR DER MILITÄRJUNTA ERKLÄRT SICH "VERFASSUNGSMÄSSIG"...

ANKARA (ITA) - Die faschistische Militärjunta, die am 12. September 1980 die legislative und exekutive Gewalt im Land an sich riß, führt nun das von der NATO und dem Weltwirtschaftsfond (WWF) empfohlene "Stabilisierungsprogramm" durch: Menschen werden verfolgt, verhaftet und gefoltert.

Gleichzeitig wollen die Generäle mit allen Mitteln der Weltöffentlichkeit vorspielen, in der Türkei würden auch heute noch demokratische Spielregeln respektiert.

Wie bereits im BULLETIN NR.23 (September 1980) berichtet, hatte das fünfköpfige "Parlament" des General Evren bereits eine sogenannte "Zivil"-Regierung unter der Leitung eines ehemaligen Admirals gebildet; die "Junta-Parlamentarier" sprachen dieser Regierung sodann im Gebäude der aufgelösten Nationalversammlung "offiziell" ihr Vertrauen aus.

Jetzt ging die Junta einen weiteren Schritt in Richtung auf eine ganz eigenartige Form von Demokratie: die fünf Militärkommandeure, die den sog. "Nationalen Sicherheitsrat" bilden, verkündeten am 27. Oktober 1980 ein Gesetz, das die faschistische Militärdiktatur als "verfassungsgemäß" bezeichnet.

Nach diesem neuen Gesetz bleibt die Verfassung von 1961 zwar in Kraft, einige ihrer Artikel sind jedoch auf unbestimmte Zeit aufgehoben. So haben nach diesem Gesetz nicht mehr ein gewähltes Parlament und die Regierung die Legislative bzw. Exekutive inne, sondern der "Nationale Sicherheitsrat" bzw. seine Marionetten-Regierung. Mit diesem Gesetz wird die de-facto-Situation als verfassungsmäßig verankert.

Doch die Militärs verfolgten mit diesem Gesetz noch einen anderen Zweck. obwohl sie bereits das Parlament aufgelöst und die parlamentarische Regierung gestürzt hatten, blieben die verfassungsmäßigen Kontrollorgane, wie z.B. der Verfassungsgerichtshof und der Staatsrat, weiter bestehen. Gemäß der Verfassung hätten demnach alle Gesetze und Verordnungen des fünfköpfigen "Parlaments" von diesen höchsten Verfassungsorganen geprüft und, falls sie nicht dem Geist der Verfassung entsprachen, annulliert werden müssen.

Um diese Reste demokratischer Strukturen zu beseitigen, hat die Militärjunta das besagte Gesetz verkündet und damit alle verfassungsmäßigen Funktionen dieser beiden Kontrollorgane ausgeschaltet. Auf diese Weise haben sich die fünf Generäle zu absoluten Herrschern über die Türkei gemacht, die die Legislative, Exekutive und Judikative in ihrer blutbefleckten Hand halten.

Weitere Schritte zur "Stabilisierung" dieser Region

Die Entwicklung des letzten Monats hat deutlich gemacht, daß der Putsch vom 12. September ein weiterer Schritt in der militärischen Eskalation im Nahen Osten, besonders in der Türkei, darstellt.

Die NATO-Manöver unter dem Kodewort Anvil Express 80 wurden am 1. Oktober 1980 ohne Zwischenfälle abgeschlossen und die Junta hatte es geschafft, zumindest für eine begrenzte Zeit sämtliche anti-amerikanischen Kräfte im Land zu unterdrücken. Die Kommandeur der NATO-Streitkräfte in Europa, General Rogers, nutzte die Situation und kam im letzten Monat zweimal zu Gesprächen mit General Evren in die Türkei. Gleichzeitig reiste der stellvertretende Premierminister Tugrut Özal nach Washington und nahm Kontakt mit hohen Beamten des WWF, der Weltbank und auch mit Brzezinski auf, dem Sicherheitsberater Präsident Carters. Das erste Ergebnis dieser Kontakte besteht in dem Wiedereintritt Griechenlands in das NATO-Militärbündnis.

Nachdem sich die Situation in der Türkei weitgehend "stabilisiert" hatte, begannen die USA Lösungen für die Konflikte zwischen der Türkei und Griechenland zu suchen, z.B. in der Zypernfrage und den Grenzstreitigkeiten in der Ägäis. Diese Lösungen entsprechen natürlich in erster Linie den NATO-Interessen. Da die Vorschläge vom NATO-Oberkommandeur überbracht wurden, erhielten sie den Namen "Rogers-Plan".

Die Rückkehr Griechenlands in die Militärallianz wurde von der pro-amerikanischen Mehrheit im griechischen Parlament gegen den Protest der Opposition beschlossen. Für die Türkei sagte der Außenminister der Marionetten-Regierung dazu: "Durch die Rückkehr Griechenlands in das Militärbündnis der NATO wird die Solidarität in der NATO-Verteidigungsstruktur gestärkt und das Vakuum an der südlichen NATO-Flanke gefüllt. Unter den gegenwärtigen Bedingungen steht diese Entwicklung im Einklang mit den türkischen Interessen."

Eine andere Folge der "politischen Stabilisierung der Türkei" ist der Abschluß eines Zusatzabkommens zum türkisch-amerikanischen Verteidigungspakt. Nach Gesprächen auf höchster Ebene wurde am 17. Oktober ein Kommuniqué veröffentlicht, das mit folgenden Worten schließt: "Die Gespräche, die in einer freundlichen Atmosphäre abgehalten wurden, eröffneten konkrete Aussichten auf eine verstärkte türkische Rüstungsproduktion durch gemeinsame Anstrengungen, wodurch sowohl die bilaterale als auch die multilaterale Zusammenarbeit besonders im Rahmen des NATO-Bündnisses positiv verstärkt werden wird."

Die hier erwähnte verstärkte türkische Rüstungsproduktion wird zweifellos in erster Linie den Armeeeoffizieren und ihren Hintermännern Vorteile bringen. Wie bereits häufiger berichtet (vgl. die BULLETINS September 1980 und Juli/August 1978) haben die Offiziere der türkischen Armee eine riesige Finanzholding (OYAK) und drei Stiftungen zur Unterstützung der Luftwaffe, der Landstreitkräfte und der Marine gegründet.

In einem Artikel der Tageszeitung "Cumhuriyet", der nach dem Putsch erschien (17. September 1980), wird davon berichtet, daß sich "nach der militärischen Machtübernahme die Anstrengungen verstärkt haben, den militärisch-industriellen Komplex unter Beteiligung des öffentlichen und privaten Sektors auszubauen. Ziel ist die Produktion militärischen Geräts und der Export von Qualitätsstahl und integrierten Schaltkreisen."

MONOPOLKAPITAL ZUFRIEDEN MIT DEM FASCHISTISCHEN REGIME

Während der wichtigste Wirtschaftsberater der Junta und stellvertretende Premierminister Turgut Özal bei Gesprächen in Washington und Paris die Beamten des WWF und der OECD über die Wirtschaftspolitik des neuen Regimes ins Bild setzte, äußerten sich türkische Geschäftsleute höchst zufrieden über die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Junta.

Dies ist verständlich, da die Militärs versprochen, die von der gestürzten Regierung Demirel am 24. Januar 1980 beschlossenen Stabilisierungsmaßnahmen durchzusetzen und den nach Meinung internationaler Finanzkreise "verlässlichen Mann" Turgut Özal in einer Schlüsselposition behielt.

Unmittelbar nach dem Putsch vom 13. September veröffentlichte die "Financial Times" einen Bericht ihres Washington-Korrespondenten, in dem es heißt: "Die Verhandlungen mit dem WWF und der Weltbank wurden mit einer kleinen Gruppe von Wirtschaftsberatern des ehemaligen Premierministers Demirel, insbesondere mit Turgut Özal, geführt. Vom politischen Schicksal Özals wird es auch abhängen, ob die Beziehungen von Weltbank und WWF zur Türkei sich positiv entwickeln werden oder nicht."

Herr Özal behielt seine Spitzenberaterrolle und wurde am 5. Oktober erneut von WWF- und Weltbank-Beamten in Washington empfangen.

Die heimischen Kapitalisten waren natürlich höchst erfreut, als Junta-Chef Evren eine Ausweitung der Produktion und ein Streikverbot anordnete. Mehmet Yazar, der Vorsitzende der Industrie- und Handelskammern, nannte das Streikverbot "eine außerordentlich sinnvolle Maßnahme" und forderte eine Veränderung des Tarifrechts. Auch die Privatwirtschaft hat das Verbleiben Özals in einflußreicher Position mit Genugtuung begrüßt.

(5.4)

DIES WAREN DIE WÜNSCHE TÜRKISCHER GROSSKAPITALISTEN ...

- 18.04.79: Der Großkapitalist Vehbi Koc fordert die Bildung einer neuen, starken Regierung.
- 05.06.79: Der Kapitalist Sabanci: "Die Situation war schlecht, jetzt ist sie sehr schlecht. Wir brauchen eine machtvolle Regierung!"
- 22.07.79: Der Kapitalist Rahmi Koc stellt fest, daß die Türkei eine neue, machtvolle Führung benötige.
- 20.09.79: Die Vereinigung türkischer Industrieller und Geschäftsleute beklagt einen angeblichen wirtschaftlichen und politischen Machtzuwachs der Gewerkschaften.
- 07.10.79: Der Kapitalist Selcuk Yasar fordert eine Änderung aller Sozialgesetze.
- 11.11.79: Der Rat für Freie Marktwirtschaft fordert politische Stabilität.
- 14.12.79: Die Industrie- und Handelskammern fordern strikte Lohnkontrollen.
- 07.01.80: Der Top-Kapitalist Vehbi Koc fordert einen sofortigen Lohnstopp.
- 17.02.80: Der Rat für Freie Marktwirtschaft beschuldigt einige "Verräter", sie wollten eine Diktatur einführen.
- 08.04.80: Der Vorsitzende der Arbeitgebervereinigung fordert eine Ende der unkontrollierten Lohnerhöhungen als Folge von Gesetzesänderungen.
- 11.09.80: Der Vorsitzende der Arbeitgebervereinigung fordert die Wiedereinführung der berüchtigten Staatssicherheitsgerichtshöfe.

ASSOCIATED PRESS ÜBER DEN VIZE-PREMIER ÖZAL

Turgut Özal, das wirtschaftspolitische Gehirn der gestürzten Regierung Demirel und einziger politischer Überlebender des Militärputsches, hat auch jetzt die Zügel der krisengeschüttelten türkischen Wirtschaft in Händen. Beobachter führen seine Überlebenskünste sowohl auf seinen wirtschaftspolitischen Sachverstand wie auf sein politisches Fingerspitzengefühl zurück. Özal ist Elektroingenieur; er war zu Forschungszwecken in den USA und arbeitete auch zweieinhalb Jahre bei der Weltbank in Washington, DC.

1965 trat er erstmals in die Dienste einer Regierung Demirel. Özal: "Ich sagte ihnen (den Generälen) sehr bestimmt, daß sie mich für sie arbeiten lassen sollten. Wir haben keine andere Wahl. Dies ist die letzte Chance für die Türkei. Es gibt jetzt nur eine Möglichkeit: die wirtschaftliche Grundlage ist gegenwärtig nicht sehr solide; das gesamte System droht auseinanderzubrechen. Sollte diese Regierung versagen, so ist die Türkei in großer Gefahr. Vielleicht wird die Türkei untergehen; vielleicht wird sich ein völlig neues Regime in der Türkei etablieren."

Infolge der wirtschaftlichen Maßnahmen, die die Regierungen Ecevit und Demirel unter dem Druck des WWF durchgesetzt hatten, sind die Gewinne der 300 größten türkischen Firmen 1979 um 101,58% gestiegen. Nach Angaben der Istanbuler Industriekammer betragen die Gewinne in absoluten Zahlen 1978 nur 23 Md. TL, 1979 hingegen 47 Md. TL. Die größten Gewinne machte im privatwirtschaftlichen Bereich die Türkische Glass-Industrie AG, deren ehemaliger Chef Sahap Kocatopcu jetzt Industrieminister ist.

Innerhalb eines Monats nach dem Putsch hat sich die Produktion um 90% erhöht, und es ist keine Übertreibung, wenn angenommen wird, daß 1980 ein noch gewinnträchtigeres Jahr als 1979 wird. Özal spricht von einem Fünfjahres-Zeitraum, während dessen die türkische Industrie wieder Fuß fassen soll. Das bedeutet, daß die außerordentlichen Maßnahmen wenigstens fünf Jahre in Kraft bleiben sollen, um die Bedürfnisse der Privatindustrie und ihrer ausländischen Verbündeten zu befriedigen. Um den Prozeß ausländischer Beteiligungen am türkischen Wirtschaftsleben zu beschleunigen, haben Vertreter der türkischen Privatwirtschaft am 16. Oktober 1980 eine Organisation gegründet, die sich "Vereinigung für die Zusammenarbeit mit ausländischem Kapital" nennt. Ziel dieser Organisation ist es, das gewinnträchtige natürliche und arbeitskräftemäßige Potential der Türkei im Ausland anzupreisen.

Als der Junta-Chef eine verstärkte türkische Industrieproduktion anordnete, bemerkte der Vorsitzende der Istanbuler Industriekammer dazu: "Wir haben großes Vertrauen in General Evren!" Dieses Vertrauen wird mit Sicherheit nicht von den Gewerkschaftsführern und -funktionären geteilt, die sich immer noch in Militärgefängnissen befinden, während die Marionettenregierung neue Gesetze vorbereitet, mit denen viele sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Arbeiterklasse eingeschränkt werden sollen.

Die Arbeitgeber nutzen ihre Stunde. Am 22. September ließ der Verband der Metallarbeiter (MESS) verlautbaren: "Die Arbeiterschaft befindet sich derzeit in einem Zustand großer Angst. Wir sollten sie jetzt auf gemäßigte Gewerkschaften hin orientieren." Am 26. September verkündete die Kriegsrechtsbehörde Istanbul, daß Bummelei bei der Arbeit ein Straftatsbestand sei. Wenig später verfügte der Nationale Sicherheitsrat in einem Gesetz die Kürzung der Alterszulagen für Arbeiter; im Gespräch sind Gesetze, die die gewerkschaftlichen Freiheiten beschränken, darunter das Streikrecht und das Recht auf freie Tarifverhandlungen. Es gibt Gerüchte, nach denen die wöchentliche Arbeitszeit von 48 auf 56 Stunden verlängert werden soll.

In einer Fernsehdebatte sagte Vize-Premier Özal, die Türkei müsse den Gürtel jetzt enger schnallen, damit langfristig bessere Zeiten einkehrten. In der gleichen Sendung sagte der Industrielle Sakip Sabanci: "Wir müssen aufhören, vor ausländischem Kapital Angst zu haben und zu glauben, wir würden nur davon ausgebeutet."

Während der Privatwirtschaft und dem Auslandskapital günstigste Investitionsbedingungen geboten werden, verzeichnen die Reallohne einen permanenten Rückgang. Zahlen eines Sozialinstituts (SSK) belegen, daß die Löhne zwi-

schen Mai 1979 und Mai 1980 um 31% von 151 TL auf 198 TL gestiegen sind. Im gleichen Zeitraum war jedoch eine Inflationsrate von 114,5% zu verzeichnen. Lohnsteigerungen werden somit von der Inflation nicht nur aufgehoben sondern überholt.

was für den genannten Zeitraum eine Reallohnsenkung von 151 TL auf 92 TL bedeutet.

In den letzten zehn Jahren (von Anfang 1970 bis Ende 1979) sind die Reallöhne insgesamt um 39% gesunken; diese Zahl wird noch größer ausfallen, wenn der drastische Reallohnrückgang der letzten Monate mit eingerechnet wird. Das Streikverbot wird diesen Reallohnverfall weiter beschleunigen.

DIE ERRICHTUNG EINES FÜHRERSTAATES

- 10.09.1980: Die Tageszeitung Hürriyet: "Das Land sehnt sich nach einem Führer!"
- 12.09.1980: General Evren ergreift die Macht. Eine fünfköpfige Junta proklamiert ihn zum Staatschef.
- 17.09.1980: Alle Bürgermeister werden durch Armeeeoffiziere ersetzt.
- 18.09.1980: General Evren übernimmt die legislative Gewalt und läßt sich zum Parlamentspräsidenten ernennen.
- 24.09.1980: General Evren bezieht Quartier im Palast des Präsidenten.
- 01.10.1980: Das fünfköpfige "Parlament" spricht der Marionetten-Regierung unter Bulent Ulusu das Vertrauen aus.
- 02.10.1980: Die neue "Regierung" befiehlt allen öffentlichen Bediensteten, sich anständig zu kleiden; sie verbietet "lange Haare" bei Männern, Make-up, Miniröcke und das Tragen von Hosen für Frauen in öffentlichen Verwaltungen.
- 15.10.1980: General Evren: "Wir werden unsrer Aufgabe erst dann erfüllt haben, wenn wir das Land vollständig gesäubert haben."
- 16.10.1980: Neben den bereits erworbenen Titeln "Chef des Nationalen Sicherheitsrates", "Chef des Generalstabs" und "Staatschef" wird General Evren auch zum "Chef des Obersten Militärrats" ernannt.
- 27.10.1980: Durch ein im fünfköpfigen "Parlament" des Generals verabschiedetes Gesetz werden die außerordentlichen Vollmachten Evrens als "verfassungsmäßig" anerkannt.

REAKTIONEN DER EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN AUF DIE VERLETZUNG DER MENSCHENRECHTE IN DER TÜRKEI

BRÜSSEL (ITA) - Unmittelbar nach dem Putsch in der Türkei begann als Reaktion auf die heftigen Proteste demokratischer Kräfte gegen die faschistische Junta in den europäischen Institutionen - im Europarat und in der Beratenden Versammlung des Europarats - eine Diskussion zu diesem Thema.

Am 18. September forderte das Straßburger Europaparlament in einer Entschliebung die Wiedereinführung aller demokratischen Freiheiten in der Türkei, lehnte es aber ab, die faschistische Junta zu verurteilen.

In der Entschliebung werden die Außenminister der neun EG-Staaten aufgefordert, zum frühest möglichen Zeitpunkt den den entsprechenden Parlamentsausschüssen über die Lage in der Türkei zu berichten, über die Auswirkungen auf das Assoziationsabkommen mit der Türkei und über mögliche Schritte in Richtung auf eine Re-Demokratisierung des Landes. Eine Parlamentssitzung zu diesen Fragen wurde für spätestens November 1980 anberaumt.

Der EG-Ministerrat erklärte hingegen, er sei "erfreut über die Zusage der Militärjunta, demokratische Verhältnisse in der Türkei zu bewahren" und er werde die Beziehungen der EG zur Türkei nicht abbrechen. Gleichzeitig beschloß er, die für November geforderte Debatte über die Situation in der Türkei auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Das bedeutet, daß sich die europäischen Institutionen mit größter Toleranz gegenüber dem faschistischen Militärregime in der Türkei verhalten.

Schon heute kann gesagt werden, daß keine der Versprechungen der Militärjunta eingehalten wurde; im Gegenteil, jeden Tag erfährt man in der Presse von neuen antidemokratischen Entscheidungen und Praktiken.

Die Entschließung des Europaparlaments hat folgenden (gekürzten) Wortlaut: "Das Europaparlament fordert dringlich, daß umgehend Schritte unternommen werden, damit dem türkischen Volk die politischen und gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten in einem demokratischen Verfassungsrahmen garantiert werden; ... es betrachtet die Fortsetzung undemokratischer Maßnahmen in der Türkei als offene Verletzung mehrerer vertraglich eingegangener Verpflichtungen der Türkei (Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und fundamentaler Freiheiten) und betont, daß die Respektierung der international anerkannten Menschenrechte, so wie sie in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert sind, eine unverzichtbare Bedingung für die Fortsetzung des Dialogs mit der EG ist."

Im Folgenden soll die Situation in der Türkei, einem assoziierten Mitglied der EG, anhand einzelner Artikel der Europäischen Menschenrechtskonvention untersucht werden:

1. KEIN ÜBERGANGSREGIME, SONDERN EINE FASCHISTISCHE MILITÄRDIKTATUR

Wie bereits an anderer Stelle erläutert, hat die fünfköpfige Junta alle demokratischen Spielregeln verletzt: das Parlament ist aufgelöst, Parteiführer und Abgeordnete befinden sich in Haft; Gewerkschaften und demokratische Organisationen sind aufgelöst oder zumindest in ihren Aktivitäten für unbestimmte Zeit beschränkt; die politischen Parteien haben keinerlei demokratische Funktionen mehr. Der Verfassungsgerichtshof und der Staatsrat wurden als Kontrollorgan der Legislative und Exekutive entmachtet. Ein einziger Mann führt unter den Titeln "Staatschef", "Chef des Generalstabs", "Chef des Nationalen Sicherheitsrats" und "Chef des Obersten Militärgerichts" ein absolutes Regiment. Seine unumschränkte Macht wurde am 27. Oktober 1980 per Gesetz "legalisiert".

Die Verhaftung von Alparslan Türkes, dem Vorsitzenden der extrem-rechten Partei der Nationalen Bewegung (MHP), bedeutet nicht, daß die Junta einen antifaschistischen Charakter hat. In vielen früheren BULLETINS wurde darauf hingewiesen, daß Türkes und seine "Grauen Wölfe" für das Ansteigen der politischen Gewalt im Lande verantwortlich waren und damit das Klima für eine militärische Intervention geschaffen haben. Die MHP hat ihre Aufgabe erfüllt, und wenn sie nun zerschlagen werden sollte, so liegt ein Vergleich mit dem Schicksal der Hitlerschen SA nahe.

Das langfristige Ziel der Junta ist die Errichtung eines autoritären Regimes mit einem Präsidenten, der außerordentliche Vollmachten besitzt, als Staatsoberhaupt, und zwei politischen Parteien der Mitte, die ein Scheinparlament bilden. Alle sozialistischen Gruppierungen sollen ausgeschaltet werden.

Aber um das zu erreichen, braucht die faschistische Junta mindestens fünf Jahre, wie ihr Chefberater Özal erklärte.

2. RECHT AUF LEBEN

Artikel 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention: "Jedermanns Recht auf Leben soll gesetzlich geschützt sein."

Die gesamte Türkei befindet sich im Ausnahmezustand. Sicherheitskräfte sind von der Junta autorisiert, jeden mutmaßlichen "Terroristen" direkt zu erschießen. Innerhalb eines Monats sind mehr als 500 Personen in verschiedenen Landesteilen erschossen worden. So wurden z.B. am 28. September acht Menschen in Ordu und Mardin von Soldaten erschossen.

Die Militärjunta hat die unverzügliche Vollstreckung von Todesurteilen angeordnet. Jetzt entscheiden fünf Generäle darüber, ob Todesurteile gegen beliebige Personen vollstreckt werden oder nicht. Am 8. Oktober wurden zwei Jugendliche vor Sonnenaufgang in Ankara gehängt: der linksgerichtete Necdet Adali und der rechtsgerichtete Mustafa Pehlivanoglu. Am 26. Oktober wurde ein weiterer linksgerichteter Jugendlicher, Serdar Soyergin, hingerichtet. Noch steht die Vollstreckung 50 weiterer Todesurteile aus, die von dem fünfköpfigen "Parlament" des Juntagenerals angeordnet werden kann.

Das Recht auf Leben wird auch durch die Folterknechte der Junta in den Polizeistationen und Gefängnissen verletzt. Politische Häftlinge werden grausam gefoltert und getötet. (Weitere Informationen zu diesem Thema im entsprechenden Artikel über Folter).

3. RECHT AUF FREIHEIT

Artikel 5 der Europäischen Menschenrechtskonvention: "Niemand darf entgegen den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen seiner Freiheit beraubt werden."

Die Kriegerrechtskommandeure sind befugt; jeden und jedermann bis zu einem Monat auch ohne Haftbefehl in Gewahrsam zu nehmen. Sie üben dieses "Recht" aus, indem sie schwarze Listen zirkulieren lassen und regelrechte Menschenjagden veranstalten. Der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates General Haydar Saltik hat wissen lassen, daß seit dem Putsch 10 800 Personen verhaftet wurden, wovon 746 inszwischen verurteilt sind. Demgegenüber veröffentlichte die Oberste Kriegerrechtsbehörde völlig andere Zahlen: nach ihren Angaben sind im gleichen Zeitraum 1 588 linksgerichtete und 437 rechtsgerichtete Personen inhaftiert worden. Tatsächlich wird die Zahl der Inhaftierten jedoch auf über 50 000 geschätzt. Neben den schon vor dem Putsch bestehenden Militärgefängnissen wurden die Kasernen in Selimiye, Davutpasa, Maltepe, Alemdar, Samandira, Hasdal, Metris und Istanbul in Militärgefängnisse umfunktioniert. Hinzu kommt, daß es keine Nachrichtenverbindung mit dem Ostteil der Türkei gibt, in dem die Kurdische Bevölkerung lebt; es wird vermutet, daß die Zahl der Inhaftierungen dort noch wesentlich höher ist als im Wdstteil des Landes.

Zu den offiziell Verhafteten muß noch die Gruppe hinzugerechnet werden, die unter dem Vorwand einer "Schutzhaft" in Militärgewahrsam genommen wurde. Dies ist eine weitere Variante von Freiheitsberaubung.

Allen Inhaftierten werden die Kopfhare abrasiert und sie müssen Gefängnisuniformen tragen, genau wie in den Konzentrationslagern von Nazi-Deutschland.

Für Frauen hat das Militär besondere Gefängnisse eingerichtet. Der Großteil der weiblichen Gefangenen sind Industriearbeiterinnen, die gewerkschaftliche Vetteauensleute in ihren Betrieben waren.

4. RECHT AUF EINEN FAIREN PROZESS

Artikel 6 und 7 der Europäischen Menschenrechtskonvention: "Jeder hat das Recht auf einen fairen und öffentlichen Prozeß, der innerhalb vertretbarer Zeit vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht stattfinden muß."

Alle türkischen Bürger, die wegen ihrer politischen Überzeugungen angeklagt sind, müssen vor einem Kriegsgericht, das von der Militärjunta abhängig ist, erscheinen. Nach einer neuen Notverordnung im Rahmen des Ausnahmezustands können sogar die Vorsitzenden politischer Parteien vor solche Militärgerichte gestellt werden, obwohl die Verfassung von 1961 vorsieht, daß sie vor das Verfassungsgericht geladen werden müssen; diese Bestimmung ist de jure auch jetzt noch gültig. Die Junta plant auch die Wiedereinführung sogenannter Staatssicherheitsgerichte, obwohl diese Organe vor vier Jahren auf Antrag demokratischer Kräfte vom Obersten Verfassungsgericht als verfassungswidrig verboten worden waren. Hinzu kommt, daß die Militärkommandeure jeden und jedermann auch ohne Haftbefehl inhaftieren können.

5. RECHT AUF RESPEKTIERUNG DER PRIVATSPHÄRE, DES FAMILIENLEBENS, DER WOHNUNG UND DES BRIEF- UND POSTGEHEIMNISSES

Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention: "Diese Rechte dürfen von keiner öffentlichen Gewalt beeinträchtigt werden."

Die Junta hat die Kriegerrechtsbehörden autorisiert, überall und zu jedem Zeitpunkt Durchsuchungen durchführen zu können, sämtliche Briefe, Fernschreiben und Telefongespräche zu überprüfen. Für die Ausübung dieser Zensurtätigkeit wurden Spezialeinheiten gebildet.

6. GLAUBENS-, GEWISSENS- UND MEINUNGSFREIHEIT

Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention: "Jeder hat das Recht auf Glaubens-, Gewissens- und Meinungsfreiheit."

Zehntausende sitzen wegen ihrer politischen Meinung und Überzeugung im türkischen Gefängnissen. Selbst Abgeordnete und Gewerkschaftsführer sind inhaftiert. So befinden sich z.B. auch die Führer der Nationalen Heilspartei (MSP) im Gefängnis und müssen sich wegen ihrer religiösen Überzeugung vor Gericht verantworten.

7. PRESSEFREIHEIT

Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention: "Dieses Recht beinhaltet den Empfang und die Verbreitung von Informationen und Nachrichten ohne Beeinträchtigung durch eine öffentliche Gewalt."

Presse, Radio und Fernsehen sind von der Junta unter eine strikte Zensur gestellt worden. Mehr als 50 fortschrittliche Zeitungen und Zeitschriften waren bereits vor dem Putsch von den Kriegsrechtsbehörden verboten worden. Nach dem 12. September wurden drei weitere Tageszeitungen verboten.

8. KOALITIONS- UND GEWERKSCHAFTSFREIHEIT

Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention: "Jeder hat das Recht, sich friedlich zu versammeln und mit anderen Vereine und Gesellschaften zu bilden; dazu gehört auch das Recht auf Bildung von Gewerkschaften zur Interessenvertretung."

- Das Parlament ist aufgelöst.
- Die Aktivitäten der politischen Parteien werden unterbunden. Parteiführer und Abgeordnete werden vom Militär verfolgt. Die Militärstaatsanwälte gehen besonders gegen fortschrittliche Parteien und demokratische Organisationen vor.
- Die Konföderation Fortschrittlicher Gewerkschaften (DISK) wurde bereits am Tage des Putsches verboten, und ihre Funktionäre, darunter der Vorsitzende Abdullah Bastürk, befinden sich in Militärgefängnissen. Insgesamt befinden sich etwa 5 000 Gewerkschaftsfunktionäre in Haft. Das Streik- und Tarifrecht wurde aufgehoben und zehntausende Arbeiter wurden unter der Drohung der Bajonette zur Arbeit gezwungen.
- Die fünfköpfige Junta bereitet nun völlig neue Partei- und Gewerkschaftsgesetze vor.
- Die Junta läßt alle von ihr verbotenen politischen Parteien, Gewerkschaften und Organisationen von Staatskommissaren verwalten.
- In einem Interview mit Associated Press erklärte der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates General Haydar Saltik, daß auch nach einer Rückkehr zu einer parlamentarischen Regierungsform die Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartei Ecevit und der Gerechtigkeitspartei Demirel vom Recht auf politische Betätigung ausgeschlossen bleiben sollen.

9. UND FOLTER ...

Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention: "Niemand darf gefoltert oder in unmenschlicher Weise erniedrigt oder bestraft werden."

Während des Militärregimes von 1971 bis 1973 waren die Foltervorwürfe gegen die Türkei so zahlreich geworden, daß der Europarat einen Antrag zu behandeln hatte, mit dem die Türkei aus dieser europäischen Institution wegen ihrer Folterpraktiken ausgeschlossen werden sollte. Doch nach 1974 waren diese Vorwürfe verstummt.

Erst nach der Verhängung des Kriegsrechts in 13 türkischen Provinzen im Dezember 1978 tauchten neue Foltervorwürfe in der Tagespresse auf. Vertreter von zwei internationalen demokratischen Organisationen, der Internationalen Vereinigung Demokratischer Rechtsanwälte und des Weltgewerkschaftsbundes, besuchten die Türkei vom 31.3. bis 4.4.1980 und gaben folgenden Bericht:

"Die Delegationsmitglieder, Gewerkschafter, Journalisten, Ärzte, Schriftsteller, Rechtsanwälte und andere, müssen die Weltöffentlichkeit darauf hinweisen, daß in Istanbul - einer Stadt unter Kriegsrecht - demokratische Prinzipien permanent verletzt werden. Seit November 1979 wurden hier 46 000 Personen inhaftiert, wovon ein großer Teil Folterungen ausgesetzt war ... "

Später wurden Hunderte zu Zeugen von Folterpraktiken und die Tageszeitungen berichteten ausführlich über solche Vorfälle. Die internationalen Menschenrechtsinstitutionen befaßten sich jedoch nicht mit diesen Fällen.

Nach dem Putsch vom 12. September haben die Folterpraktiken noch weiter zugenommen und viele Menschen haben bereits infolge unmenschlicher Folterpraktiken ihr Leben verloren.

SELBSTMORD ODER FOLTER ? ? ? SELBSTMORD ODER FOLTER ? ? ? SELBSTMORD ODER ?

Berichte aus türkischen Zeitungen

HURRIYET vom 24.09.1980: "Ein junger Häftling, dessen Name nicht veröffentlicht wurde soll während eines Verhörs im Polizeipräsidium von Bursa Selbstmord begangen haben; er soll sich aus dem fünften Stock des Gebäudes gestürzt haben."

CUMHURİYET vom 03.10.1980: "Der Rechtsberater der Konföderation Fortschrittlicher Gewerkschaften (DISK), Rechtsanwalt Ahmet Veziroglu, soll während seines Verhörs im Polizeipräsidium von Bursa Selbstmord begangen haben, indem er sich aus dem fünften Stockwerk stürzte."

MILLİYET vom 08.10.1980: Der politische Häftling Zeynel Abidin Ceylan wurde während eines Verhörs bei der Politischen Polizei von Ankara am 26. September getötet. Der medizinische Bericht ergab, daß er brutal geschlagen und mit Elektroschocks gefoltert worden war. Der Polizeihauptmann Davut Haskiris wurde wegen Mordes an dem Häftling angeklagt."

CUMHURİYET vom 18.10.1980: "Der politische Häftling Hasan Asker Ozmen starb am 6. Oktober im Krankenhaus von Ankara an den Verletzungen, die ihm während eines Verhörs bei der Politischen Polizei von Ankara zugefügt wurden. Der Polizeihauptmann Enver Göktürk ist wegen Mord angeklagt worden."

HURRIYET vom 19.10.1980: "Ahmet Karlangac, einer der mutmaßlichen Attentäter gegen den ehemaligen Premierminister Nihat Erim, beging Selbstmord im Polizeipräsidium von Istanbul. Die Polizei gab an, der Häftling habe seinen Schädel an die Zellenwand geschlagen und sich so die tödliche Verletzung selbst zugefügt."

... UND EINIGE FAKTEN AUS DEM BERICHT VON AMNESTY INTERNATIONAL

Zum gleichen Zeitpunkt als diese Berichte in türkischen Zeitungen erschienen, veröffentlichte Amnesty International einen Bericht über "Folter in der Türkei", den eine ai-Delegation aufgrund eines bereits mehrere Monate zurückliegenden Besuchs in der Türkei verfaßt hatte. Unter anderem werden in dem Bericht folgende Fakten herausgestellt:

1. Zwischen 1977 und 1978 erhielt ai nur wenige Hinweise auf Folterungen in der Türkei, doch in der zweiten Jahreshälfte 1979 nahmen die Hinweise zu und im Mai 1980 waren sie so zahlreich geworden, daß eine Untersuchungskommission in die Türkei entsandt wurde. Das bedeutet, daß die Zahl der Folterungen nach der Verhängung des Kriegsrechts über Teile der Türkei drastisch zugenommen hat.

2. Die häufigsten Folterpraktiken sind das Schlagen auf die nackten Fußsohlen der Opfer und auf sämtliche anderen Körperteile, Elektroschocks, Verbrennungen mit Zigarettenstummeln sowie das Einführen von Polizeiknüppeln in Anus und Vagina.

3. Folter kommt nicht nur auf Polizeistationen sondern auch in Kasernen und Militärgefängnissen vor.

4. Viele politische Häftlinge wurden während ihrer Verhöre getötet. Der ai-Bericht nennt viele Beispiele solcher Tötungen und weist darauf hin, daß die in der zensierten türkischen Presse erscheinenden "Selbstmord"-Fälle entsprechend zu interpretieren sind: Tötung politischer Häftlinge ist auf Polizeistationen inzwischen zur Methode geworden!

TOD DURCH FOLTER

Der AMNESTY INTERNATIONAL BERICHT nennt zehn Fälle aus der ersten Jahreshälfte 1980, in denen Menschen durch Folterungen getötet wurden:

1. Am 9. Januar 1980 wurde Oruc Korkmaz aus Kars zusammen mit seiner Frau und seinen Eltern auf die Polizeistation gebracht, weil bei ihm Waffenbesitz vermutet wurde. Alle Mitglieder der Familie wurden gefoltert; Oruc Korkmaz starb an Gehirnblutungen, die durch Schläge mit einem harten Gegenstand auf den Kopf verursacht wurden.
2. Der 21-jährige Arbeiter im Hacettepe Universitätskrankenhaus Hüseyin Karakas wurde am 24. Dezember 1979 von der Polizei verhaftet, weil er politische Flugblätter verteilte. Er wurde zunächst in die Polizeistation von Anafartala gebracht, später in eine andere Abteilung, wo festgestellt wurde, daß ihm Blut aus dem Mund lief. Noch am gleichen Tag wurde er in ein Krankenhaus eingeliefert, wo er wenige Stunden vor seinem Tod zu einem Freund sagte: "Die Polizei wird mich töten. Bitte benachrichtige meine Verwandten." Er starb am 25. Dezember an Kreislaufversagen. ... Eine Gerichtsmedizinische Kommission stellte in ihrem Bericht vom 21. Januar 1980 fest, daß er an Gehirnblutung starb infolge eines Schlags auf den Schädel, der keine äußerliche Verletzungsspur hinterließ.
3. Die Tageszeitung "Demokrat" berichtete am 2. März 1980 über den Tod von Remzi Yalvac, dem ehemaligen Vorsitzenden der Postarbeitergewerkschaft. Er starb während eines Verhörs auf der Polizeistation von Diyarbakir. Die Mutter wandte sich um Hilfe an die örtliche Rechtsanwaltsvereinigung, da ihr die Leiche ihres Sohnes in einem völlig entstellten Zustand übergeben worden war. Es wurde ein Antrag auf Exhumierung und erneute medizinische Untersuchung der Leiche bei der Militärstaatsanwaltschaft gestellt.
4. Am 21. März berichtete "Demokrat" über einen weiteren Todesfall, diesmal in Adana. Recai Unal, ein 20-jähriger Student, war von der Polizei verhaftet worden. Wenige Tage später fand man ihn schwer verwundet im Garten vor seinem Wohnhaus liegen. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er an den Folgen einer Schädelverletzung starb.
5. Am 30. April berichtete "Demokrat" von der Verhaftung fünf junger Leute in Urfa, die angeblich Mitglieder der Gruppe "APOCU" gewesen sein sollen. Einer von ihnen, Aslan Badem, starb auf der Polizeistation. Die Todesursache ist unbekannt. Die Polizei spricht von Herzanfall, doch die Verwandten des Opfers behaupten, der Tod sei eine Folge der Folterungen gewesen.
6. In einem Brief an den Staatsanwalt schreibt der Vater eines politischen Gefangenen am 14. April 1980: "Während einer Hausdurchsuchung der Kriegsrechtsbehörde wurde bei meinem Sohn Recep Estik eine Pistole gefunden. ... Er wurde zunächst in die Kaserne gebracht, wo er schwer gefoltert wurde. Dann übergab das Militär ihn der Polizei, die ihn wiederum schlug und folterte. Später brachte man mir seine Leiche und sagte, mein Sohn habe Selbstmord begangen."
7. Yasar Gündogdu, ein Funktionär der Energiearbeitergewerkschaft, wurde am 18. April 1980 von drei Polizisten von seinem Arbeitsplatz geholt. Am folgenden Tag wurde er von zwei Polizisten gegen 14.30 Uhr ins Numune Krankenhaus gebracht, wo er kurz später starb. Die Ärzte stellten nach einer Autopsie fest: "Der Tod trat infolge von Blutungen unterhalb der Schädeldecke und an der Gehirnmembran ein."

8. Am 5. Mai 1980 wurde der Student der Wirtschaftswissenschaft an der Universität Istanbul Osman Mehmet Onsoy verhaftet. Eine Woche später wurde der Vater des Häftlings zur Polizei geholt; er sollte seinen Sohn beeinflussen, damit er eine angebliche Beteiligung an einer Schießerei zugäbe. Der Vater weigerte sich. Am 17. Mai wurde Osman Mehmet Onsoy ins Militärkrankenhaus Haydarpasa gebracht, wo er am 22. Mai starb. Der Vater wurde erst am 26. Mai über den Tod des Sohnes unterrichtet, am 28. Mai wurde die Leiche der Familie übergeben. Aus dem Bericht des Arztes Cetin Ozeralp vom Haydarpasa Krankenhaus geht hervor, daß Onsoy mit schweren Wunden eingeliefert worden war, die etwa eine Woche alt waren und von einem scharfen Gegenstand (Messer?) herrührten.

9. Am 6. Juni stellte sich Mehmet Kilicgavur den Sicherheitskräften von Karaman, als er erfuhr, daß er wegen einer Staftat gesucht wurde. Nach Folterungen durch die Polizei wurde er in ein Krankenhaus eingeliefert, wo er starb. Das Krankenhaus nennt als Todesursache einen "Nervenzusammenbruch".

10. Am 14. Juni wurde Mehmet Ali Karasoy von der Polizei in Malatya festgenommen. Am nächsten Morgen kam die Polizei zum Wohnhaus zurück und holte den Bruder, der Karasoy in der Leichenhalle identifizieren sollte. Der Bruder wurde von der Polizei bedroht und man zwang ihn, eine Erklärung zu unterzeichnen, die besagte, daß sein Bruder bereits krank gewesen war. Die Familie beantragte eine Untersuchung des Falls.

Und hier noch einige eidesstattliche Aussagen zu angeblichen "Selbstmorden":

BEKTAS KISA (Häftling im Militärgefängnis Davutpasa, 20.05.1980): "...Sie unterhalten sich ganz offen vor den Häftlingen. Einer sagt: 'Schmeißen wir ihn doch aus dem Fenster!'; darauf der andere: 'Wir erschießen ihn und sagen, er hätte einen Fluchtversuch unternommen'..."

UNAL KIZILKAYA: "...Sie versuchten mich mit allen Mitteln einzuschüchtern. Sie richteten eine Pistole auf mich und sagten, sie würden mich erschießen und dann aus dem Fenster werfen."

HIKMET OZER: "...Sie brachten mich an die Stelle, wo der Polizeiwagen überfallen worden waren und forderten mich auf, einen Fluchtversuch zu unternehmen. Da ich wußte, was sie vorhatten, weigerte ich mich, und weil ich großen Lärm veranstaltete, besannen sie sich dann eines anderen."

MORGEN WIRD ES ZU SPÄT SEIN ! ! !

Wenn die internationalen Organisationen und besonders die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft ihr Schweigen gegenüber den Vorgängen in der Türkei so wie bisher fortsetzen, dann wird es dem faschistischen Militärregime gelingen, in diesem südosteuropäischen Land einen blutigen Unterdrückungsstaat zu etablieren.

Die Generäle schalten schrittweise alle Überreste verfassungsmäßiger Ordnung aus, liquidieren alle fortschrittlichen, patriotischen und demokratischen Personen und legen damit die Grundlage für die Errichtung eines "parlamentarisch-faschistischen Regimes" mit einem faschistischen Militärdiktator als Präsidenten an der Spitze der Republik. Die Junta wird nur zwei Parteien der Mitte ein parlamentarisch-"demokratisches" Sandkastenspiel erlauben. General Saltik machte bereits deutlich, daß selbst der Sozialdemokrat Ecevit und der konservative Demirel auch in Zukunft keine politische Betätigungsmöglichkeit mehr erhalten werden.

Angesichts dieser Entwicklung hat auch Ecevit sein Schweigen gebrochen, das er seit dem Militärputsch gehalten hatte. Er trat vom Vorsitz der Republikanischen Partei zurück, weil ihm keine Möglichkeit mehr für freie politische Betätigung blieb.

Auch die Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) Behice Boran befindet sich trotz ihrer angegriffenen Gesundheit und militärischer Bewachung. Abdullah Bastürk, der Vorsitzende der DISK, und viele seiner Genossen befinden sich in Militärgefängnissen.

Türken und Kurden werden in diesem Land grundlos eingesperrt, gefoltert, getötet und ihrer Grundfreiheiten beraubt.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo alle Menschenrechtsorganisation unverzüglich gegen die Zustände in der Türkei zu Felde ziehen müssen.

Das faschistische Junta-Regime muß sofort aus dem Europarat ausgeschlossen werden und das Europaparlament sollte alle Beziehungen zwischen Der EG und der Türkei suspendieren.

Denn: MORGEN WIRD ES ZU SPÄT SEIN ! ! !

NEUE ANTI-FASCHISTISCHE ZEITUNG: TEK CEPHE (EINHEITSFRONT)

BRÜSSEL (ITA) - Da die faschistische Militärjunta das Erscheinen aller sozialistischen und antifaschistischen Publikationen in der Türkei verboten hat, begann das Europäische Komitee für die Einheit der Demokratie in der Türkei (DIB-AK) mit der Herausgabe einer Zeitung in türkischer Sprache, in der die Position der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte im Kampf gegen die faschistische Diktatur vertreten wird.

Die Zeitung hat den Titel "Emperyalizme, fasizme, tekelcilige ve sovenizme karsi TEK CEPHE" (d.h. Einheitsfront gegen Imperialismus, Faschismus, Monopolismus und Chauvinismus). Die erste Ausgabe erschien im Oktober 1980

GESAMT VERZEICHNIS DER IM " INFO - TÜRK BÜLLETIN " VOM NOVEMBER 1979 BIS OKTOBER 1980 ERSCHEINENEN ARTIKEL

NOVEMBER 1979 - Nr. 13 :

- WIEDER EINE RECHTE REGIERUNG IN DER TÜRKEI (eine Regierung des Kapitals)
- TÜRKISCHE KAPITALISTEN FORDERN VOLLE EG - MITGLIEDSCHAFT (Bourgeoisie befürwortet ausländisches Kapital) - NEUE ZUGESTÄNDNISSE AN DIE USA - DIE LINKE ORGANISIERT WIDERSTAND GEGEN RECHTE REPRESSION - NACH DER WAHLNIEDERLAGE : ECEVITS PARTEI IN DER KRISE - POLITISCHE GEWALT NIMMT WEITER ZU - ANTI - DEMOKRATISCHE PRAKTIKEN NEHMEN ZU - TÜRKISCHE DELAGATION BEI ABRÜSTUNGS - DEMONSTRATION IN BRUSSEL

DEZEMBER 1979 - Nr. 14 :

- TEROR AN DER MACHT IN ANKARA (Drastische Säuberungen im Staatsapararat und außerordentliche Gerichte, Das ' Maßnahmen - paket gegen den Teror ', Urheber der Gesetze; die Regierung Ecevit) - ATTENTATS - SERIE GEGEN PROGRESSIVE INTELLEKTUELLE IN DER TÜRKEI - TEROR DER GRAUEN VÖLFE IN DEUTSCHAND - NEUE TODESURTEILE IN DER TÜRKEI
- BALLETAUFFÜHRUNG IN DER TÜRKEI VERBOTEN - TÜRKISCHE DELEGATION BEI ABRÜSTUNGS DEMOSTRATION IN BRUSSEL.

JANUAR 1980 - Nr. 15 :

- DIE BEIDEN HAUPTZIELE ULTIMATUMS DER TÜRKISCHEN MILITÄRS (Einlenken der Türkei auf die militärischen Pläne der USA, Unterdrückung der verbliebenen demokratischen Rechte) - DIE BEIDEN HAUPTZIELE DES ULTIMATUMS DER TÜRKISCHEN ARMEEGENERALE (Die Türkei soll wieder Sprungbrett der USA zum Nahen Osten Werden, Demirel - Ecevit Zusammenarbeit bei Anti - Terror - Maßnahmen) - DIE JAGD AUF LEHRER IN DER TÜRKEI GEHT WEITER - NAZI - ÄHNLICHES TRAININGSLAGER DER TÜRKISCHEN FASCHISTEN - TÜRKISCHER SPITZENKAPITALIST FORDERT LOHNSTOPP - GEWERKSSCHAFTSFÜHRER SANGEN INTERNATIONALE ; VERHAFTET - EIN KALENDER UND EIN BUCH BESCHLAGNAHMT - ZENSUR BEI RADIO - UND FERNSEHNACHRICHTEN - MORDDROHUNGEN FÜR TÜRKISCHE SCHRIFTSTELLER - TÜRKEI ; GRÖSSTER ANTEIL WEIBLICHER ARBEITSKRÄFTE - WER STECKT HINTER DEM WAFFEN - UND DROGENSCHMUGGEL

- ÖLMANGEL TRIFFT BEVÖLKERUNG UND INDUSTRIE - PAPIERKNAPPHEIT BEDROHT ZEITUNGEN UND VERLEGER.

FEBRUAR 1980 - Nr. 16 :

- LEGITIMER UND MUTIGER WIDERSTAND DER ARBEITER IN İZMİR (Unterentwickelte kolonie der Europäischen Gemeinschaft - oder diktatorisches Regime nach lateinamerikanischem Muster ?) - GRAUE WÖLFE RUFEN ZUM HEILIGEN KRIEG AUF - VERVOLLGUNG VON INTELLK - TUELLEN - ANTIDEMOKRATISCHE EINSTELLUNG DES VERFASSUNGSGERICHT ZUM KURDISCHEN VOLK - KONFERENZ ZU JUGENDPROBLEMEN VERBOTEN - TÜRKISCHE ANWALTSKAMMER FORDERT SCHUTZ IHRER MITGLIEDER - ZWEITAUSENDFÜNFHUNDERT POLIZISTEN DROHT ENTLASSUNG - VERBOT VON ZWEI DEMOKRATISCHEN ORGANISATION - FRANZÖSISCHE INTELLEKTUELLE APPELIEREN AN DEN PRÄSIDENTEN DER REPUBLIK - EIN SCHRITT VORAN IN DER TÜRKISCHEN FRIEDENSBEWEGUNG - GRUSSBOTSCHAFT VON ERICH HONNECKER AN DIE ARBEITERPARTEI DER TÜRKEI - ECEVIT GEGEN TÜRKISCHEN OLYMPIA - BOYKOTT - SOLIDARITÄT DER SOZIALISTISCHEN PARTEIEN DER TÜRKEI MIT DER AFGHANISCHEN REVOLUTION.

MÄRZ 1980 - Nr. 17 :

- MASSENSTREIK ÜBERALL IN DER TÜRKEI - LÖHNE UND GEHÄLTER STAGNIEREN - HUNDERT TAGE REGIERUNG DEMIREL - POLITISCHE MORDE - SOLIDARITÄT MIT DEN FORTSCHRITTLICHEN KRÄFTEN IN DER TÜRKEI - FLAGGE FÜR ' UNABHÄNGIGEN TÜRKISCHEN STAAT AUF ZYPERN ' - VORSITZENDE DER ARBEITERPARTEI DER TÜRKEI (TIP) VOR EINEM MILITÄRGERICHT - FORTSCHRITTLICHE PRESSE UND INTELLEKTUELLE UNTER DRUCK - AUFFÜHRUNGSVERBOT FÜR PREISGEKRÖNTEN TÜRKISCHEN FILM IN DER TÜRKEI - BURGERMEISTER VOR GERICHT ; ANKLAGE WEGEN ' SEPARATISMUS ' - VORSITZENDE DER VEREINIGUNG ALLER LEHRER VOR GERICHT - UNTERSUCHUNG GEGEN ECEVIT - PARTEI WEGEN BEITRITT ZUR SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALE - GERECHTIGKEITSPARTEI BAUT ORGANISATORISCHE VERBINDUNGEN ZUR BUNDESREPUBLIK AUS - WACHSENDES DEUTSCHES INTERESSE AN DER TÜRKEI ! (Leopard - Panzer für die Türkei und türkisch - deutsches Tourismus - Abkommen) - NEUES REKORDEFIZIT IN DER TÜRKISCHEN HANDELSBILANZ - TÜRKISCHES GOLD WIRD INS AUSLAND GESCHMUGGELT - OYAK - RENAULT PLANT DEN EXPORT VON 2000 AUTOS FÜR 1980 - WEITERE ANREIZE FÜR AUSLÄNDISCHES KAPITAL IN DER TÜRKEI.

APRIL 1980 - Nr. 18 :

- SEILTANZ DER TÜRKISCHEN AUSSENPOLITIK (Ein äußerst teurer Kredit für die Türkei, Generaloffensive gegen die Arbeiterklasse, Präsidentschaftswahlen ; die Parteien spielen auf Zeit, Verstärkter Regierungsteror, Neue repressive Gesetzesvorhaben, Verstärkte Einheit der fortschrittlichen Kräfte) - POLITISCHE MORDE - VIERTER FIDEF - KONGRESS (Übertreibungen schaden der demokratischen Bewegung in der Türkei) - BERICHT ÜBER VERLETZUNG DER MENSCHENRECHTE IN DER TÜRKEI - INTERNATIONALE KAMPAGNE FÜR ' BEHICE BORAN ' (Protesbotschaften, Alle Vorstandsmglieder der TSIP vor Gericht) - UNTERDRÜCKUNG IN DER KURDENREGION DER TÜRKEI - SOLIDARITÄTSKAMPAGNE FÜR SOZIOLOGEN BESIKCI - POLITISCHER DRUCK AUF LEHRER IN DER TÜRKEI - REDAKTEURE VERURTEILT - INTELLEKTUELLE VERFOLGT - UNTERDRÜCKUNG IM TÜRKISCHEN TEIL ZYPERNS - SIEBTER INTERNATIONALER KARIKATURISTEN - WETTBEWERB (Teilnahmebedingungen)

MAI 1980 - Nr. 19 :

- EIN WEITERER 1. MAI UNTER DER BEDROHUNG VON PANZER (Verbot des Maifeiertags ; traditionelles Druckmittel gegen die Arbeiterklasse, Ecevit ; ' Die Behörden provozieren Terror ', Internationale Solidarität mit den verhafteten DISK - Führern) - POLITISCHE MORDE - EINE SOZIALISTISCHE PARTEI IN DER TÜRKEI VERBOTEN (Hausdurchsuchung im Büro der Arbeiterpartei der Türkei) - FOLGER ; TÄGLICHE VERHÖRPRAXIS IN DER TÜRKEI (Unmenschliche Zustände in Gefängnissen) - REPRESSION GEGEN DAS KURDISCHE VOLK IN DER TÜRKEI - DER WELTBEKANNTE ROMANSCHRIFTSTELLER YASHAR KEMAL IM SELBSTGEWÄHLTEN EXIL ; SCHWEDEN - FÜNFZEHN ZEITUNGEN VERBOTEN - AUSLÄNDISCHE INVESTITIONEN UND KAPITALEINLAGEN IN DER TÜRKEI - GESELLSCHAFTEN MIT AUSLANDSKAPITAL.

JUNI 1980 - Nr. 20 :

- AMNESTY INTERNATIONAL ; ' SYSTEMATISCHE FOTER GEGEN POLITISCHE HÄFTLINGE IN DER TÜRKEI (Massaker der Grauen Wölfe und der Sicherheitskräfte, Ausländische Touristen vom Militär erschossen) - POLITISCHE MORDE - MISSTRAUENSANTRAG GEGEN DIE REGIERUNG DEMIREL - NEUE ZUGESTÄNDNISSE AN DEN INTERNATIONALEN WÄHRUNGSGFOND - IWF (Beschränkung der Wirtschafts- und Handelsbeziehung mit sozialistischen Ländern)
- DIE TÜRKEI ALS BLITZABLEITER DER NATO (Arbeiterpartei der Türkei für Abrüstung und Entspannung) - EUROPÄISCHES KOMITEE DER TÜRKEI EINHEIT FÜR DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI - TÜRKISCHE ARBEITER IN BELGIEN UNTERSTÜTZEN ' KAMPFZIEL 1982 '

JULI / AUGUST 1980 - Nr. 21 / 22 :

- VORGEZOGENE WAHLEN ; EIN SCHRITT ZUM PARLAMENTARISCHEN FASCHISMUS - SIEBTER ' DISK ' KONGRESS UNTERSTREICHT DIE BEREITSCHAF ZUM KAMPF FÜR DEMOKRATISCHE RECHTE -
- VERBOTS DroHUNG FÜR DIE ' DISK ' - REGIERUNG VERBIETET 55 STREIKS INNERHALB VON SIEBEN MONATEN - LANGSAMER FORTSCHRITT AUF DEM WEG ZUR VOLLMITGLIEDSCHAFT DER TÜRKEI IN DER EG. (Europäischer Gewerkschaftsbund gegen EG.-Mitgliedschaft für anti-demokratische Türkei.) - ZWEI JOURNALISTEN WURDEN OPFER DES POLITISCHEN TERRORS (Repression gegen Lehrer, Verbot für Wochenzeitschriften ' Yürüyüş ' und ' Adımlar, ' Kanadische Frau verhaftet wegen Besitz einer ' verbotenen ' Publikation, Protest deutscher Parlamentarier) - 425 000 JUGENDLICHEN WIRD RECHT AUF WEITERBILDUNG VERSAGT - PROTEST GEGEN DIE INHAFTIERUNG VON Dr. İSMAIL BEŞİKÇİ - GEWINNE DER LINKSPARTEIEN IM TÜRKISCHEN TEIL ZYPERNS.

SEPTEMBER 1980 - Nr. 23 :

- APPELL DES EUROPÄISCHEN KOMITEES FÜR DIE EINHEIT DER DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI
- MILITÄRISCHE ESKALATION (Von antiimperialistischer Position zur Zusammenarbeit mit ausländischem Kapital, Eine wohlgeplante Falle ; OYAK) - ZWEIUNDREISSIG VON ZWEIUNDSEBZIG JAHREN UNTER MILITÄRHERRSCHAFT - DER MILITÄRISCH - INDUSTRIELLE KOMPLEX - DAS PROGRAMM DES MONOPOLKAPITALS - AUSZÜGE AUS - FRÜHEREN INFO - TÜRK BULLETINS - TÜRKISCHE ARBEITER IM AUSLAND ANTWORTEN GENERAL EVREN - HINTER DER POLITISCHEN GEWALT STEHT DIE ARMEE ! - AUROPÄISCHER GEWERKSCHAFTSBUND (EGB.) WELTGEWERKSCHAFTSBUND (WGB.) - INTERNATIONALER BUND FREIER GEWERKSCHAFTEN (IBFG.)
- REAKTIONEN DES EUROPARAATS UND DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS.

OKTOBER 1980 - Nr. 24 :

- DIE FASCHISTISCHE DIKTATUR DER MILITÄRJUNTA ERKLÄRT SICH ' VERFASSUNGSMÄßIG!... ' (Weitere Schritte zur ' Stabilisierung ' dieser Region) - MONOPOLKAPITAL ZUFRIEDEN DEM FASCHISTISCHEN REGIME - DIES WAREN DIE WÜNSCHE TÜRKISCHER GROSSKAPITALISTEN ... - ASSOCIATED PRESS ÜBER DEN VIZE - PREMIER ÖZAL - DIE ERRICHTUNG EINES FÜHRERSTAATES - REAKTIONEN DER EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN AUF DIE VERLETZUNG DER MENSCHENRECHTE IN DER TÜRKEI - KEIN ÜBERGANGSREGIME, SONDERN EINE FASCHISTISCHE MILITÄRDIKTATUR - RECHT AUF LEBEN - RECHT AUF FREIHEIT - RECHT AUF EINEN FAIREN PROZESS - RECHT AUF RESPEKTIERUNG DER PRIVATSPHÄRA, DES FAMILIENLEBENS, DER WOHNUNG UND DES BRIEF - UND POSTGEHEIMNISSES - GLAUBENS, GEWISSEN UND MEINUNGSFREIHEIT - PRESSEFREIHEIT - KOALITION UND GEWERKSCHAFTSFREIHEIT - UND FOLTER - SELBSTMORD ODER FOLTER - UND EINIGE FAKTEN AUS DEM BERICHT VON AMNESTY INTERNATIONAL - NEUE ANTI - FASCHISTISCHE ZEITUNG ; 'TEK CEPHE' (EINHEITSFRONT)
- GESAMT VEREIHNIS DER IM BÜLETTIN VOM NOVEMBER BIS OKTOBER 1980 ERSCHIEENENEN ARTIKEL.

